



Die Konsultationen des EWSA zur Zukunft Europas



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Die Konsultationen des EWSA zur Zukunft Europas



Übergabe der Zusammenstellung der nationalen Konsultationen durch den Präsidenten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses an den Präsidenten der Europäischen Kommission auf der Plenartagung am 21. September 2017.

Was ist das Weißbuch zur Zukunft Europas?

Das in der Rede zur Lage der Union 2016 angekündigte Weißbuch zur Zukunft Europas ist eine Initiative der Europäischen Kommission. Dieses Weißbuch ist der Beitrag der Europäischen Kommission zum Gipfeltreffen in Rom am 25. März 2017, dem sechzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge, anlässlich dessen eine Bestandsaufnahme der Errungenschaften der Europäischen Union (EU) in den vergangenen sechs Jahrzehnten vorgenommen und ihre Zukunft erörtert wurde.

Der Präsident der Europäischen Kommission legt darin die wichtigsten Herausforderungen und Chancen dar, die sich der EU in den nächsten zehn Jahren stellen bzw. bieten. Es werden fünf Szenarien erläutert, wie sich die Union bis zum Jahr 2025 entwickeln könnte – je nachdem, welche Entscheidungen sie trifft, um diese Herausforderungen zu bewältigen und diese Chancen zu nutzen:

- Szenario 1: „Weiter wie bisher“;
- Szenario 2: „Schwerpunkt Binnenmarkt“;
- Szenario 3: „Wer mehr will, tut mehr“;
- Szenario 4: „Weniger, aber effizienter“;
- Szenario 5: „Viel mehr gemeinsames Handeln“.

Mit dem Weißbuch gehen Diskussionspapiere zu Themen einher wie die soziale Dimension Europas, die Globalisierung, die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Zukunft der europäischen Verteidigung und die Zukunft der EU-Finzen.

Aufgrund der in Brüssel und den Mitgliedstaaten eingeleiteten Debatten sollen gemeinsam ein Plan, eine Vision und ein zu beschreitender Weg erarbeitet werden, die den Bürgern mit Blick auf die im Juni 2019 anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament vorgeschlagen werden sollen. Das Weißbuch ist der Auftakt zu einem weitgehend kollektiven und dezentralen Prozess, an dessen Ende die Europäerinnen und Europäer über ihre Zukunft entscheiden werden. Um die Diskussion anzuregen, schlägt die Europäische Kommission

vor, in den nationalen Parlamenten, Städten und Regionen der gesamten EU eine Reihe von „Debatten über die Zukunft Europas“ zu veranstalten. Dafür ist die Beteiligung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Europäischen Ausschusses der Regionen erforderlich.

Die Rolle des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA)

Am 4. April 2017 erhielt Georges Dassis, Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, von Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, ein Ersuchen um Erarbeitung einer Sondierungsstellungnahme. Präsident Juncker bat den EWSA, die Ideen und Prioritäten der europäischen Zivilgesellschaft für die künftige Entwicklung der Union darzulegen.

Dazu hat sich der EWSA für eine originelle Konsultationsmethode entschieden. Diese Methode konzentriert sich zunächst auf die Notwendigkeit, die Zivilgesellschaft in den Mitgliedstaaten, statt ihre Vertreter in Brüssel zu mobilisieren. Zudem will der EWSA die ausgewogene Repräsentation der verschiedenen Gruppen der europäischen Zivilgesellschaft gewährleisten. Schließlich soll die Beteiligung der Akteure an den von drei Mitgliedern des EWSA moderierten Konsultationen durch eine an die nationale Kultur angepasste Form (Workshops, Konferenzen) gefördert werden.

Zwischen dem 4. Mai und dem 9. Juni 2017 fanden in den Mitgliedstaaten 27 nationale Konsultationen statt und haben 1 003 Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft an den Debatten teilgenommen. Anschließend wurden die Berichte über die nationalen Debatten verfasst, zusammengestellt und verbreitet, insbesondere wurden sie in der interparlamentarischen Sitzung am 11. Oktober 2017 zum Thema „Die Zukunft Europas“ an den Präsidenten der Europäischen Kommission und die anwesenden EP-Abgeordneten verteilt.

Die Entschließung des EWSA zum **Weißbuch der Kommission zur Zukunft Europas und darüber hinaus** wurde vom Plenum am 6. Juli 2017 verabschiedet.

Alle Dokumente stehen der Zivilgesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung (<http://www.eesc.europa.eu/en/policies/in-focus/future-europe>).

Die 27 nationalen Konsultationen

Der EWSA hat Konsultationen in 27 Mitgliedstaaten durchgeführt: Deutschland (DE), Österreich (AT), Belgien (BE), Bulgarien (BG), Zypern (CY), Kroatien (HR), Dänemark (DK), Spanien (ES), Estland (EE), Finnland (FI), Frankreich (FR), Griechenland (GR), Ungarn (HU), Irland (IE), Italien (IT), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Malta (MT), Niederlande (NL), Polen (PL), Portugal (PT), Tschechische Republik (CZ), Rumänien (RO), Slowenien (SI), Slowakei (SK), Schweden (SE).

Diese Konsultationen ergaben durch die Beantwortung der vom EWSA vorbereiteten Fragen konkrete Informationen.

1. Welches der im Weißbuch beschriebenen fünf Szenarien entspricht aus Ihrer Sicht am ehesten den internen und externen Herausforderungen der EU und warum?

Die europäische Zivilgesellschaft verfügt über empirische Kenntnisse bezüglich der Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht. Wenn sich alle Akteure im Allgemeinen darüber einig sind, dass die von der Kommission gewählte Methode einer existenziellen Herausforderung entspricht, so ist die Zivilgesellschaft zunächst angesichts der fünf vorgeschlagenen Szenarien nicht übermäßig begeistert. In einer ganzen Reihe von Mitgliedstaaten sind die Reaktionen vorwiegend zurückhaltend (DE, CY, DK, EE, FI, HU, IE, IT, LV, LU, NL, SI, SE). Dennoch rufen drei Szenarien gleichzeitig Interesse und Diskussionen hervor: „Wer mehr will, tut mehr“ (Szenario 3), „Weniger, aber effizienter“ (Szenario 4) und „Viel mehr gemeinsames Handeln“ (Szenario 5). Im Gegensatz dazu wecken Szenario 1 „Weiter wie bisher“ und Szenario 2 „Schwerpunkt Binnenmarkt“ wenig Interesse und werden als nicht wünschenswert erachtet (NL, PL).

Im Einzelnen wird Szenario 3 positiv aufgenommen, weil es als realistisch und notwendig bewertet wird (CY, DK, ES, EE, FI). Szenario 4 weckt Interesse (DK, CY, EE), erscheint aber generell als nicht ausreichend

kohärent, um ernsthaft angestrebt werden zu können. Szenario 5 ist, selbst wenn nicht immer als realistisch angesehen, die am meisten erörterte Option (BE, BG, CY, FI, PL). Dieses Szenario weckt auch mehr Begeisterung (EL, ES, LV, LT, RO), weil darin vorgeschlagen wird, der EU die am weitesten entwickelte Form zu geben.

2. Wäre auch ein anderes, nicht aufgeführtes Szenario möglich und vorzuziehen? Wenn ja, warum? Wie wird Ihrer Ansicht nach das Vertrauen innerhalb der Union gefördert?

Die von der Zivilgesellschaft skizzierten Szenarien scheinen den Erwartungen in puncto europäischer Integration zu entsprechen. Sie ermöglichen die Entwicklung sowohl der Grundsätze als auch der politischen Hebel zur Strukturierung eines alternativen Szenarios. Zum einen knüpfen Werte wie soziale Gerechtigkeit, Entwicklung einer europäischen Identität, Humanismus und Gegenseitigkeit (CY, EL, FR, SE) oder Nachhaltigkeit (HR, HU) an die Grundsätze des europäischen Projekts an. Zum anderen wird mit den politischen Hebeln der Vertiefung des Binnenmarkts (BG, NL, CZ), der Währungsunion (BG, RO, CZ) und der sozialen Dimension (BG, ES, HU, IT, LV, LT, CZ, SK) ein neues Szenario skizziert.

Parallel dazu greifen zahlreiche Akteure der Zivilgesellschaft den Kommissionsvorschlägen voraus und schlagen ein sechstes Szenario vor, das eine Kombination der vorgeschlagenen Optionen wäre (Szenarien 4 und 5 in BG, 3 und 4 in HU und LU, 5 und 3 in PL). Schließlich – und das wird kaum angesprochen – sollte die Föderalisierung der EU mit Garantien einhergehen (HR, SI).

Bezüglich der Stärkung des Vertrauens ist interessant festzustellen, dass es in den Zivilgesellschaften Deutschlands und Griechenlands eine ähnliche Auffassung über die aktuellen Hindernisse für die Tarifverhandlungen in Griechenland gibt.

3. Muss die Europäische Union sichtbarer und muss besser über sie kommuniziert werden? Auf welche Art und Weise?

Die Zivilgesellschaft stellt fest, dass die EU zu häufig von den politischen Entscheidungsträgern auf nationaler Ebene herabgesetzt wird (EL, FI, LU, MT, CZ, PL, SK). Für eine bessere Sichtbarkeit ist zuallererst ein besseres Narrativ erforderlich. Eine Kommunikation, die auf einem positiven Bild (FR, IE) basiert, könnte z. B. durch EU-finanzierte Projekte verdeutlicht werden (DE). Ebenso geht es nicht mehr nur darum, sich an einige an der EU interessierte Gruppierungen zu wenden, sondern sich vielmehr auf breiter Front um die Bürger (AT, FI, FR), die Jugendlichen (BG, CY), oder sogar die Schüler (LT, PL, PT) sowie die kritisch eingestellten Bürger (FR) zu bemühen.

Eine bessere Kommunikation basiert auf hochwertigen Informationen und einer transparenten Entscheidungsfindung (HR, ES, NL), objektiven Medien (CZ), aber auch auf einer ausgewogeneren Berichterstattung, in deren Rahmen die EU ihre Schwächen und Mängel eingesteht (SE).

Die Konsultation des EWSA erscheint fast wie eine Berichterstattung über die Zukunft der EU. Die europäische Zivilgesellschaft sollte im Übrigen darin eine wichtigere Rolle spielen (EL, HU, IT, SI, SE) und insbesondere ihre Sichtbarkeit erhöhen.

4. Sind die genannten Politikbereiche ausreichend umfangreich und anschaulich? Wie würden Sie sie nach ihrer Bedeutung ordnen? Wurde ein wichtiger Politikbereich ausgelassen oder unzureichend herausgestellt? Wenn ja, welcher? Welches der fünf Szenarien würde sich für dessen Entwicklung am besten eignen?

Die Zivilgesellschaft ist über zwei Punkte fast einer Meinung. Zum ersten darüber, dass die soziale Dimension bei den fünf vorgeschlagenen Szenarien fehlt (DE, AT, BG, CY, DK, EE, ES, FI, FR, EL, HU, IE, IT, LU, MT, NL, PL, CZ, RO, SI, SE). Zum zweiten, dass auch die nachhaltige Entwicklung fehlt (HR, FR, SI, CZ, NL, LV, IE, HU), obwohl die EU gegenüber den Bevölkerungen und den internationalen Partnern diesbezügliche Verpflichtungen eingegangen ist.

Die genannten Politikbereiche beleuchten die in den Mitgliedstaaten vorherrschenden Sorgen. In Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, der

Tschechischen Republik und Rumänien werden auch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Frieden erwähnt. In Bulgarien, Finnland, Griechenland, Litauen und Rumänien verweist die Zivilgesellschaft auf die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Außerdem hat sie in Deutschland, Kroatien, Finnland und Frankreich ein geschärftes Bewusstsein für die Zuständigkeiten der EU im Bereich der Handelspolitik.

Schließlich weist die Zivilgesellschaft die politischen Entscheidungsträger auf die Themen hin, die eine größere Kohärenz der europäischen Politik sicherstellen können, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft (Steuern und Wettbewerbsfähigkeit, vor allem der Industrie) und Gesellschaft (Jugend, soziale Investitionen).

5. Wie sollten in Bezug auf den „Weg vor uns“ die Debatten über die Zukunft Europas mit den nationalen Parlamenten, Städten und Regionen strukturiert werden? Welche Rolle sollte die organisierte Zivilgesellschaft auf dem „Weg vor uns“ spielen und auf welche Art und Weise?

Zahlreiche Organisationen sind der Auffassung, dass die Konsultationen fortgesetzt werden müssen, wobei sie auf die lokale, regionale, nationale und europäische Ebene auszuweiten sind (FR, EL, IE, MT, RO, SU). Zudem würden die Debatten an Bedeutung gewinnen, wenn die Sozialpartner (BE, HU, SK) und die Wirtschaftssektoren und -branchen systematisch beteiligt würden und mehr Aufmerksamkeit in den Medien erhielten (EL). Die nationalen Parlamente haben eine sehr wichtige Rolle zu spielen (BG), ebenso wie die Wirtschafts- und Sozialräte der Mitgliedstaaten (FR, PT), wie die bereits vom französischen und vom portugiesischen Rat durchgeführten Arbeiten zur Zukunft Europas belegen, die im Juli bzw. September 2017 entsprechende Stellungnahmen angenommen haben.

Die organisierte europäische Zivilgesellschaft ist der Auffassung, dass sie bereits eine Aufklärungsrolle innehat. Insofern sollte sie an den großen Debatten über die Zukunft der EU systematisch beteiligt werden (AT, FI, SI). Einige Organisationen fordern auch Arbeiten zu konkreten Themen (FR). Schließlich heben sie hervor, dass eine stärkere Koordinierung zwischen

den einzelnen Komponenten der Zivilgesellschaft und eine bessere Kommunikation zur Beseitigung des von den Bürgern beklagten Informationsdefizits erforderlich ist (AT, EL).

6. Welche besonderen Erwartungen haben Sie an das Ergebnis der Konsultation?

Die europäische Zivilgesellschaft erwartet, dass ihre Empfehlungen von der Europäischen Kommission aufgegriffen werden, z. B. in der Rede zur Lage der Union (September 2017), aber auch in weiteren Debatten auf einzelstaatlicher Ebene. In einigen Beiträgen werden indes Zweifel ausgedrückt über die Auswirkungen, die die Konsultationen der Zivilgesellschaft auf die Entscheidungen auf europäischer Ebene haben werden (EL). Um hier Abhilfe zu schaffen, wird die Kommission aufgefordert, „deutlich“ zu erklären, was sie mit den Ergebnissen der vom EWSA durchgeführten Konsultation zu tun gedenkt (IE).

Überall bestehen hohe Erwartungen in puncto konkreter Entscheidungen und Maßnahmen (DK, FR, LU), die auf realistischen und machbaren Zielen basieren (BE, LU, MT), die mithilfe genau durchdachter Maßnahmen formuliert werden (NL). An erster Stelle werden dabei die Wirtschafts- und Währungsunion, die Säule sozialer Rechte und die Beschäftigung genannt (LT, PL, PT). In anderen Staaten wird betont, dass die Stärkung des Projekts Europas das Wohlergehen der Völker (EL) und eine vereinfachte Kommunikation voraussetzt.

7. Wie lässt sich die Rolle der Bürger bei der Gestaltung der Zukunft Europas stärken?

Die Bürgerinnen und Bürger können stärker eingebunden werden als bisher. In den meisten Staaten (DE, HR, CY, FI, FR, EL, LV, MT, CZ) wird eine stärkere Teilhabe der Bürger als grundlegend angesehen. Besonders notwendig scheint die Beteiligung der Jugendlichen zu sein. Außerdem müsste die Bürgerbeteiligung von der Zivilgesellschaft orchestriert werden, die mit der Organisation öffentlicher Debatten auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene betraut werden könnte (BE, FR, LT, LU, PL).

Die Empfehlungen beziehen sich außerdem auf die Tatsache, dass Artikel 11 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) uneingeschränkt angewandt werden sollte. Langfristig erscheint es auch sinnvoll, Anstrengungen für die EU im Bereich Bildung zu unternehmen.

Schließlich wird die institutionelle Dimension der EU angesprochen. Abgesehen von der erforderlichen Transparenz, die von den Bürgern als eine demokratische Garantie angesehen wird, kommt häufig die Fähigkeit der EU zur Durchführung dezentraler Maßnahmen zur Sprache, um über wichtige Debatten – wie z. B. über die Zukunft Europas – Bericht zu erstatten.

Schlussfolgerungen aus den Konsultationen

Die nationalen Konsultationen sind in die Debatten und die Entschließung des EWSA eingeflossen. Außerdem haben sich dabei mehrere interessante Elemente herauskristallisiert:

- Das Interesse oder die Ablehnung, auf die die Szenarien stoßen, lässt sich nicht geografisch verankern und zeigt keine Trennlinien zwischen dem Norden, Süden, Osten oder Westen.
- Überall in der EU haben Netze von Organisationen das Thema aufgegriffen, um darüber zu sprechen bzw. ein sechstes Szenario vorzuschlagen.
- Ein sechstes Szenario scheint sich insbesondere aus den Antworten auf die Fragen 4 und 6 abzuzeichnen.

¹ Artikel 11 Absatz 2 EUV: „Die Organe pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.“



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

ENTSCHLISSUNG

zum Weißbuch der Kommission zur Zukunft Europas und darüber hinaus

Gemeinsam an einem Strang ziehen

Standpunkt des EWSA zur Zukunft Europas²

1. Die Gesellschaft und die Bürgerinnen und Bürger in Europa fordern eine glaubwürdige, legitime und widerstandsfähige EU. Seit über einem Jahrzehnt ist die EU nun mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen konfrontiert, was bei den Bürgern zu einer negativen Einstellung und zu Unsicherheit geführt hat. Die EU braucht übergreifende Strategien zur Förderung des Wohlergehens ihrer Bürger, umfassender und nachhaltiger Investitionen, der Kreativität und des Unternehmertums sowie Strategien zur Bekämpfung der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, der Armut und der ungleichen Verteilung des Wohlstands. Die derzeitige wirtschaftliche Erholung darf keinesfalls als Vorwand für Untätigkeit dienen. Der EWSA fordert vielmehr ein überlegtes und kohärentes Vorgehen zur Stärkung von Vertrauen und Zuversicht sowie die Konzentration auf greifbare Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger und die Nutzung von Europas enormem Potenzial.
2. Dabei müssen falsche Erwartungen vermieden werden. Insbesondere sollte eine EU angestrebt werden, die echte Chancengleichheit für alle bieten kann. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Faktoren sind eng miteinander verknüpft. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass Europa in die Lage versetzt wird, sich an die tiefgreifenden Transformationsprozesse und den harten Wettbewerb in der Welt anzupassen und die Globalisierung wirksam im Einklang mit den Werten der EU zu gestalten.
3. Das sattsam betriebene Spiel, Brüssel den Schwarzen Peter zuzuschieben, muss aufhören. Ein gemeinsames Engagement der EU-Institutionen und eines breiten Spektrums von Interessenträgern, einschließlich Sozialpartnern und Organisationen der Zivilgesellschaft sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene, ist dafür unerlässlich. Der EWSA macht deutlich, dass die Legitimität der Beschlüsse der EU letztlich von der Qualität des demokratischen Prozesses abhängt.
4. Der Weg in die Zukunft kann nur dann erfolgreich sein, wenn er von den gleichen *gemeinsamen Zielvorstellungen* geprägt ist, die auch die Überzeugung der Gründungsväter und später jeden maßgeblichen Fortschritt Europas gekennzeichent haben. Die EU sollte alle ihr zur Verfügung stehenden Rechtsinstrumente, ihre Leitlinien-Kompetenz, Fonds und Kooperationsprogramme einsetzen, um in allen gewünschten Bereichen voranzukommen. Der Vertrag von Lissabon weist dabei den Weg.

² Diese vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss auf seiner Plenartagung am 5. Juli 2017 angenommene Entschließung geht zurück auf ein Ersuchen des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, der den EWSA am 4. April 2017 beauftragte, die Vorstellungen und Prioritäten der organisierten Zivilgesellschaft über die künftige Entwicklung der Europäischen Union auf der Grundlage des Weißbuches zur Zukunft Europas darzulegen.

Die Szenarien des Weißbuchs

5. Um zu *gemeinsamen Zielvorstellungen* oder zur Bestimmung des künftigen Wegs zu gelangen, ist es nach Auffassung des EWSA nicht der richtige Weg, verschiedene Szenarien zur Wahl zu stellen³ Erstens fängt die EU nicht bei null an, weshalb die Kommissionsvorschläge auf einer eingehenden historischen Analyse der EU – ihrer Errungenschaften und ihrer Mängel – als einer wertvollen Quelle für die Zukunft – basieren sollten. Die von den Mitgliedstaaten in der Erklärung von Rom eingegangenen Verpflichtungen sind ein positiver und solider Ausgangspunkt.⁴ Die fünf Szenarien sind für die Mitgliedstaaten konzipiert und zielen auf institutionelle Änderungen ab. Sie ermangeln daher direkter Relevanz für die Unionsbürgerinnen und -bürger. Zudem erscheinen sie künstlich.
6. Für den EWSA ist Szenario 1 – das des „Durchwurstelns“ – keine Alternative. Szenario 5 mag für eine ganze Reihe von Menschen attraktiv sein, ist aber derzeit unrealistisch. Szenario 2 mit ausschließlichem Schwerpunkt auf den Binnenmarkt greift viel zu kurz. Szenario 4 erfordert eine Übereinkunft zwischen 27 Mitgliedstaaten, was zur einer Lähmung der EU führen und zentrifugalen Tendenzen Vorschub leisten könnte, wodurch die Ziele und Werte der Union gefährdet werden. Die in Szenario 3 vorgesehenen Mechanismen einer differenzierten Integration – wie z. B. die verstärkte Zusammenarbeit – können ein nützliches Instrument zur Überwindung von Blockaden in bestimmten Bereichen und zur Förderung einer positiven Dynamik im EU-Integrationsprozess sein. Gleichwohl sind sie eher Instrumente zur Erreichung der politischen Ziele als ein Ziel an sich. Während sie als ein empfehlenswertes Mittel zur Überwindung von Lähmungen oder Hindernissen bezüglich wünschenswerter EU Rechtsvorschriften zu empfehlen sind, betont der EWSA gleichermaßen, dass die Konvergenz in der Union gefördert und die Fragmentierung und Spaltung bekämpft werden muss. Daher sollten Vereinbarungen zwischen Vorreiter- oder Katalysator-Staaten immer auch allen anderen Ländern offenstehen, die sich daran beteiligen wollen, wobei gemeinsame Zielvorstellungen im Vordergrund stehen sollten.

Standpunkt des EWSA zur Zukunft Europas

A. Verfahren

7. Strategische Themen sollten in eine gemeinsame Perspektive eingefügt werden, um die Gefahr eines Europa „à la carte“ oder zentrifugale Tendenzen zu vermeiden. Der EWSA empfiehlt eine Entwicklung, bei der die Voraussetzungen für eine bessere Teilung der politischen Macht in allen Bereichen geschaffen werden. Diese Fragen hängen in erster Linie vom politischen Willen ab und sollten deshalb ein zentrales Thema in einer echten Debatte über die Zukunft Europas sein.
8. Die traditionelle Unterscheidung zwischen der nationalen und der europäischen Ebene sollte aufgegeben werden. Gemeinsame Herausforderungen und eng verknüpfte Lebenswelten in Europa unterstreichen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Mission. Dies macht auch die Anerkennung der Unionsbürgerschaft neben der nationalen Staatsangehörigkeit erforderlich. Alle Ebenen der Gesellschaft müssen in die politische Entscheidungsfindung einbezogen und daran beteiligt werden. Die Ziele sollten gemeinsam festgelegt und die Auswirkungen der Entscheidungen und Maßnahmen sollten auch auf einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene regelmäßig bewertet werden, um die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen.

³ Vgl. *Weißbuch zur Zukunft Europas*, März 2017.

⁴ *Erklärung der führenden Vertreter von 27 Mitgliedstaaten und des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission vom 25. März 2017*: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/03/25-rome-declaration/>.

9. Das Europäische Parlament (EP) muss bei der Gestaltung der Zukunft Europas eine zentrale Rolle spielen. Zudem muss unbedingt das Engagement der nationalen Parlamente gefördert und ihre Interaktion mit dem EP gestärkt werden.
10. Die zentralen Ziele müssen mit einer Vereinbarung der Mitgliedstaaten über folgende Punkte einhergehen:
 - Ziele, gemeinsamen Instrumente und Fristen; am notwendigsten sind gemeinsame Vorstellungen auf der Grundlage von Kohärenz, Transparenz, Sichtbarkeit und vor allem gemeinsamer Kommunikation;
 - eine wünschenswerte Reform des Rates, die Effizienz und Transparenz gewährleistet, sowie eine unabhängige Rolle der Kommission in Angelegenheiten der ausschließlichen Zuständigkeit und der geteilten Zuständigkeit unter starker Betonung der Gemeinschaftsmethode;
 - Notwendigkeit ordnungsgemäßer Mechanismen der Konsultation aller Interessenträger sowie der korrekten Rechtsumsetzung und der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit.

B. Politikbereiche

11. Der EWSA tritt für eine zusammenhaltende und kohärente Europäische Union ein, welche Option für die Zukunft auch immer gewählt wird. In zahlreichen Politikbereichen wird die Integration vertieft – ein langfristiger Prozess, den der EWSA voll und ganz unterstützt. Mit fast allen dieser Bereiche hat sich der EWSA in jüngster Zeit ausführlich befasst und entsprechende Vorschläge für die Zukunft vorgelegt.
12. Der Binnenmarkt mit all seinen wirtschaftlichen und sozialen Aspekten und im Rahmen eines nachhaltigen Entwicklungsmodells ist das unverzichtbare Herzstück der europäischen Integration. Er sollte wirklich gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleisten. Die WWU wurde gleichfalls als ein entscheidender Schritt nach vorne aufgefasst. Trotz beeindruckender Fortschritte ist ihre Architektur aber nach wie vor fragil. Die WWU steht im Zentrum künftiger Entwicklungen in der EU, weshalb sie unbedingt vertieft werden muss. Der EWSA spricht sich aus für eine schrittweise Verwirklichung einer politischen Union mit einer Reihe von makro- und mikroökonomischen Maßnahmen und Vorschriften sowie mit einer sozialen Dimension. Die Vollendung der WWU macht eine echte wirtschaftspolitische Steuerung einschließlich der Regulierung des Finanzsektors durch die EU, ordentliche Reformen in den betroffenen Mitgliedstaaten und gemeinsame Ansätze für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erforderlich. Mit einer verbesserten Governance müssen die Grundlagen für mehr Konvergenz sowie für Solidarität im Euroraum gestärkt werden. Dabei kann der öffentliche Dienst in der EU mit seiner großen Fachkompetenz Unterstützung leisten. Der Euroraum sollte auch in anderen Bereichen eine engere Zusammenarbeit aufnehmen.
13. Der EWSA betont auch, dass eine kohärentere Governance, tiefere Integration und ein umfassendes Engagement der Mitgliedstaaten in folgenden Bereichen erforderlich sind:
 - eine koordinierte europäische Industriepolitik auf der Grundlage eines fairen Wettbewerbs – und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung – muss gemeinsame Ansätze (anstelle nationaler Alleingänge) sicherstellen, um die europaweiten Bedingungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in einer sozialen Marktwirtschaft zu verbessern mittels engagierter Beteiligung aller Interessenträger an einem konsensorientierten Dialog sowie an der Verbesserung der Investitionsprogramme und der Förderung von KMU;
 - Förderung einer sozialen Aufwärtskonvergenz – im Einklang mit der wirtschaftlichen Konvergenz – in puncto Beschäftigung und soziale Ergebnisse mittels Realisierung der europäischen Säule sozialer Rechte unter Beachtung der nationalen Zuständigkeiten;

- eine Energieunion mit einer angemessenen Steuerung, die für einen echten gemeinsamen Markt und die Energieversorgungssicherheit unerlässlich ist;
 - eine zukunftsorientierte europäische Strategie und ein Rechtsrahmen zur Bekämpfung des Klimawandels auf der Grundlage des Übereinkommens von Paris und als Beitrag zu den internationalen Klimaschutzübereinkommen, sowie Förderung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in allen Politikbereichen der EU;
 - ein Digitaler Binnenmarkt als wichtiges Element künftiger Wettbewerbsfähigkeit und zur Förderung hochwertiger Beschäftigung, wobei die Auswirkungen des digitalen Wandels auf Beschäftigung und Arbeitsmärkte zu antizipieren sind;
 - eine verstärkte unionsweite Strategie für Technologie, Forschung und Innovation;
 - eine (multilaterale) Handelspolitik, die auf der Grundlage transparenter Verhandlungen offene Märkte sowie soziale und ökologische Nachhaltigkeit sicherstellen und ebenso Gleichheit in den Handelsbeziehungen gewährleisten sollte, um die Interessen Europas in einer zunehmend durch protektionistische Tendenzen geprägten Welt zu wahren;
 - eine europäische Verbraucherschutzpolitik als Politik für die Bürger.
14. Nach Auffassung des EWSA müssen auch soziale Fragen und das Thema Bildung auf EU Ebene systematischer behandelt werden, um überzeugende Lösungen zu finden. Soziale Sicherheit und Bildung unterliegen weitgehend dem Subsidiaritätsprinzip und fallen daher in die einzelstaatliche Zuständigkeit für Gesetzgebung und politische Entscheidungsfindung, häufig unter aktiver Beteiligung der Sozialpartner. Zwischen der EU und den Mitgliedstaaten geteilte Zuständigkeiten sollten im Sozialbereich stärker als bisher Anwendung finden. Angesichts der zunehmenden Spannungen auf dem Arbeitsmarkt, aufgrund der digitalen Revolution, der strukturellen Schwächen auf den Arbeitsmärkten und der Globalisierung fordert der EWSA ein sichtbares europäisches Engagement. Damit sollte für mehr Konvergenz bezüglich bestimmter sozialer bzw. arbeitsmarktrelevanter Bedingungen gesorgt und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, faire Mobilität und ein positives Engagement der Bürger gefördert werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Jugend und der Arbeitslosigkeit junger Menschen gewidmet werden. Die Rolle der Sozialpartner und der gesamten Zivilgesellschaft sowie der soziale Dialog sind von zentraler Bedeutung.
15. Die EU braucht mehr wirtschaftliche und soziale Konvergenz. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Volkswirtschaften, Kulturen und Traditionen der sozialen Systeme müssen dabei jedoch berücksichtigt werden. Der EWSA unterstreicht, dass die EU nicht untätig bleiben darf, sondern eine klar definierte Verantwortung übernehmen sollte. Angemessene Gespräche zwischen den Sozialpartnern (und anderen Interessenträgern) sind notwendig, bevor ein gemeinsamer Weg festgelegt werden kann. Außerdem weist der EWSA darauf hin, wie wichtig es ist, dass die EU-Richtlinien zu sozialen Fragen durch die Mitgliedstaaten wirksam umgesetzt werden.
16. Das Thema Bildung unterliegt auch dem Subsidiaritätsprinzip. Die soziale und wirtschaftliche Zukunft Europas sowie das Engagement der Bürgerinnen und Bürger sind jedoch eng mit modernen Bildungs- und Ausbildungssystemen auf allen Ebenen verbunden. Die Zukunft der jungen Generation hängt entscheidend von der Bildung ab. Kompetenzen sind für junge Menschen, ebenso wie für ältere Generationen, von zentraler Bedeutung. Daher muss die EU aktiv ihren Teil zum laufenden Modernisierungsprozess beitragen. Bildung spielt auch bei der Kommunikation über Europa eine wichtige Rolle: der EWSA betont die Notwendigkeit angemessener Informationen und der Vermittlung von Bildungsinhalten über die EU, die europäischen Werte und die Unionsbürgerschaft in den Grund- und Sekundarschulen.
17. Der freie Personenverkehr im Schengen-Raum muss wieder hergestellt werden. Das heißt per definitionem, dass die gemeinsamen Grenzen wirksamer kontrolliert werden müssen. Gleichzeitig muss die bedauerliche Zunahme des internationalen Terrorismus in Form von Attentaten, aber auch von Cyberkriminalität, die die Öffentlichkeit erheblich verunsichern, bekämpft werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Polizei- und Justizbehörden ist notwendiger denn je.

18. Diese Bereiche sind unmittelbar verbunden mit der Außenpolitik und dem akuten Problem von scheiternden Staaten und Bürgerkriegen in Europas Nachbarschaft sowie den daraus resultierenden Migrationsströmen, die derzeit alle europäischen Themen überschatten. Der EWSA spricht sich nachdrücklich aus für eine gemeinsame Migrationspolitik, die Flüchtlingen gemäß internationalem Recht Schutz gewährt, für ein gemeinsames Asylsystem, für Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration und des Menschenhandels sowie für die Förderung legaler Einwanderungswege in die EU. Im selben Kontext muss die EU wieder echte Partnerschaften mit Nachbarländern errichten und insbesondere wieder eine echte Europa-Mittelmeer-Politik auflegen.
 19. Europa steht heute mehr denn je seit 1945 vor der Herausforderung, sich selbst um seine Angelegenheiten kümmern zu müssen. Die Beziehungen innerhalb der NATO und zu den USA, zusammen mit einem wirksamen gemeinsamen europäischen Konzept für den Umgang mit den Problemen in ihrer Nachbarschaft und deren Bewältigung machen eine Vertiefung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU erforderlich, von der die erfolgreiche Gewährleistung der internen und externen Sicherheit zwangsläufig abhängt.
-



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Belliard/Belliardstraat 99
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Verantwortlicher Herausgeber: Referat Besuchergruppen/Veröffentlichungen
EESC-2018-10-DE

www.eesc.europa.eu

© Europäische Union, 2015
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Für die Verwendung oder Reproduktion der Fotos muss
die Genehmigung direkt beim Urheberrechtinhaber
eingeholt werden.



Print:
QE-02-18-051-DE-C
ISBN 978-92-830-4061-3
doi:10.2864/423227

Online:
QE-02-18-051-DE-N
ISBN 978-92-830-4068-2
doi:10.2864/82661

DE